

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dresdner Volkszeitung, Dresden, Neumarkt 10.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Dresdner Volkszeitung, Dresden, Neumarkt 10.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mußwitz und Dresden-Altkirch

Abonnementpreise: einjährig 180.— M., durch die Post bezogen monatlich 15.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Dresdner Volkszeitung, Dresden, Neumarkt 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 6spaltige Komposition 100.— M., die 4spaltige 120.— M., die 3spaltige 150.— M., die 2spaltige 200.— M., die 1spaltige 300.— M., Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 80 M.

Nr. 14

Dresden, Mittwoch den 17. Januar 1923

34. Jahrg.

Sozialdemokratie und Ruhrbesetzung

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

In einem großen Teile der bürgerlichen Presse werden Veruche unternommen, die die Sozialdemokratie zur Frage der Ruhrbesetzung einnimmt, in dem Sinne zu entstellen, als ob unsere Partei in der Abwehr des französischen Rechtsbruchs nicht genügende Entschiedenheit entwickelt. Das ist entweder ein völliges Verkennen der sozialdemokratischen Gedankengänge oder absichtliche Fälschung zu parteipolitischen Zwecken.

Gerade die Sozialdemokratische Partei war es, die seit Jahr und Tag den Kampf gegen die drohende Ruhrbesetzung führte. Nur ist es im Mai 1921 gelungen, gemeinsam mit dem einsichtigen Teile der bürgerlichen Parteien die Besetzung des Ruhrreviers durch die Sekundärentente zu verhindern. Ein Kampf um das Ruhrrevier gegen die Sekundärentente wäre ganz aussichtslos gewesen. Wenn dieser Kampf jetzt nur gegen Frankreich und seinen halb unfreiwilligen Vasallen Belgien zu führen ist, wenn Frankreich die Ruhrbesetzung mit der Sprengung der Entente und der eigenen Isolierung zu bezwecken hat, kurz, wenn der Kampf heute mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann, so ist das wesentlich ein Verdienst der Sozialdemokratie.

Der gegenwärtige Kampf um das Ruhrrevier ist ein Kampf ums Recht. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, daß es ihre Aufgabe ist, ihn mit dem größten Aufwand von Energie zu führen und daß sie dabei in die vorderste Reihe gehört. Darum sieht sie es mit Beforgnis, daß sich in diese vorderste Reihe Elemente zu drängen versuchen, die selbst im Nachtrab kaum zu ertragen sind, weil sie den Erfolg der Aktion gefährden. Nicht in Surrealistik, sondern nur mit klarsichtiger Entschlossenheit kann der Kampf geführt werden. Nicht große Redensarten, sondern nur klare Umsicht und Ueberlegenheit bei der Wahl der Mittel kann das Recht, das unzweifelhaft auf Deutschlands Seite ist, zum Sieg führen.

Aus diesen Gesichtspunkten wird die Sozialdemokratie auch die Maßnahmen der Regierung zu prüfen haben. Wenn alles aufgegeben wird, um den Eindringlingen zu zeigen, daß sie mit ihrem militaristischen Vorgehen weder Vorbeeren noch Reichthümer ernten werden, so ist das durchaus zu billigen. Nur dadurch kann dem noch besserer Einsicht zugänglichen Teile des französischen Volkes die Erkenntnis beigebracht werden, daß sich die französische Regierung in eine ausweglose Sackgasse verrennt hat. Auch würde das übrige Ausland es nicht verhehlen, wenn sich die Deutsche Republik widerstandslos der unrechtmäßigen Gewalt des französischen Imperialismus beugen würde. Es besteht also Einverständnis darüber, daß Deutschland seine letzten Rechte nicht kampflos preisgeben darf, sondern daß es kämpfen und seine Waffen dazu aus der Rüstkammer des Rechts und der Wirtschaft holen muß.

Kritik an einzelnen Abwehrmaßnahmen, wie sie von der sozialdemokratischen Seite geübt wurde, kann also nur den Zweck haben, die Methoden der Abwehr zu verbessern, nicht aber den, die Kraft des Widerstandes gegen den Rechts- und Friedensbruch Frankreichs zu schwächen. Zur Verbesserung der Methoden gehört aber vor allem auch die Erweckung des Vertrauens in den Willen der arbeitenden Bevölkerung, daß das Mögliche getan werden wird, um ihre fürchtbar schwere Lage zu erleichtern. Körperliche Kritik, die der Kritik willens oder gar die Absicht, heillos zu stehen, wo es sich um die letzten demokratischen Rechte der Selbstbestimmung handelt, liegt der Sozialdemokratie völlig fern. Sie ist sich der weltgeschichtlichen Bedeutung der Lage, die wir durchleben und der auf ihr lastenden Verantwortung für die Zukunft der Deutschen Republik voll und ganz bewußt.

Um die Kohle

Die Rechts beschließt neue „Verordnungen“

Berlin, 16. Januar. (M. Z. B.) Die Reparationskommission hat heute der Kriegsausschuss mitgeteilt, daß sie auf Grund der Einstellung der Kohlen- und Viehlieferungen mit drei Stimmen gegen eine Stimmenthaltung, die des englischen Delegierten, zwei Beschlüssen festsetzt und die allierten Regierungen gemäß § 17, Anlage 2, Teil VIII des Versailler Vertrags in Kenntnis gesetzt habe. Nach dem von der Reparationskommission herausgegebenen offiziellen Protokoll lautet der Beschluß:

1. Seit dem 12. Januar sind keine Kohlenlieferungen dem Reich worden.
2. Der Reichsausschuss hat durch ein Schreiben an die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell bekanntgegeben, daß die Reparationslieferungen sofort eingestellt werden.
3. Die deutsche Reparationskommission hat die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß sämtliche Lieferungen sowohl zu Reparations- als auch zu militärischen Zwecken eingestellt wurden, daß die zur Abfahrt bereiteten Güter nicht abgelassen wurden und daß tatsächlich seit dem 12. Januar zwei Güter mit Vieh und Pferden von den deutschen Behörden auf der Fahrt aufgehalten worden sind.

Der Zustand der Dinge ist die vorläufig und bewußt herbeigeführte Folge einer vom 12. Januar von der deutschen Regierung an die Regierungen von Frankreich und Belgien gemachten Reklamation, deren Verlauf von der deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden ist.

Besetzung bis Hamm-Diesfeld

Dortmund, 16. Januar. Um 11¼ Uhr kam die erste französische Truppe im Gürtel einer Infanteriekompanie ins Zentrum der Stadt eingerückt. Während des Einmarsches freilich ein Flieger über der Stadt. Irrendwellige Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Weitere größere Truppenmengen folgen zu Fuß und mit der Eisenbahn. Von Süden her rückte auch Kavallerie mit Panzerwagen ein.

Essen, 16. Januar. Der Vormarsch geht ununterbrochen weiter. Aus den Anordnungen ist zu entnehmen, daß der Vormarsch bis in die Linie Hamm-Diesfeld fortgesetzt werden soll. Eine ansehnliche Anzahl von Orten ist heute neu besetzt worden, darunter Sörde, Fagen u. a.

Der letzte Befehl

Essen, 16. Januar. Die „Ausnahme“, zu der die Vertreter der Gewerkschaften auf heute nachmittag um 3 Uhr in Düsseldorf „geladen“ waren, spielte sich sehr kurz ab. General Simon erklärte, daß die Sitzung lediglich den Zweck habe, den Befehl des Generals Degoutte in Empfang zu nehmen. Dieser Befehl wurde dann verlesen. Zum letzten Male wurden die Gewerkschaften aufgefordert, spätestens morgen früh mit der Lieferung der Reparationsgüter an Frankreich und an Belgien zu beginnen. Als erste Sanktion für die verweigerte Lieferung sei Dortmund besetzt worden; bei Fortwähren im Widerstand würden weitere Sanktionen folgen. Versuche des Regierungspräsidenten Genossen C. Kühner und der Gewerkschaften, zum Wort zu kommen, wurden brüskt verhindert.

Düsseldorf, 16. Januar. In dem in der Sitzung verlesenen Befehl hieß es: Die besten Bestellungen der Gewerkschaften sind in der Hand der französischen Truppen, und weiterer Widerstand wird von den schlimmsten Folgen begleitet sein.

Redungen für die Arbeiter

Düsseldorf, 16. Januar. Nach Überlieferung der Unternehmer wurden die Vertreter der Arbeiter hinzugerufen. Anwesend waren die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der freien Gewerkschaften und der Christ-Sozialistischen Gewerkschaften sowie der Unionisten. General Daubigues verlas im Auftrag des Generals Degoutte eine Erklärung, in deren erstem Absatz es heißt, er bedaure, feststellen zu müssen, daß die Industrien der Ruhr noch zu verschlimmern suchten, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung so schwer gestraft sei. Bei diesen Worten erhob sich Regierungspräsident Kühner und erklärte, daß dieser Satz eine Verleumdung der deutschen Regierung enthalte, die es ihm unmöglich mache, den Verhandlungen weiter beizuwohnen. Er verließ dann mit den Vertretern das Zimmer.

Die Erklärung an die Bergarbeiterorganisationen wurde zu Ende verlesen und jedem einzelnen Arbeitervertreter überreicht, wobei General Simon betonte, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der französischen Besatzungsbehörde in Düsseldorf stets die besten gewesen seien. Er betonte, daß der Zustand der Freiheit der Arbeiter in Düsseldorf jetzt nicht zu vergleichen sei mit dem, den sie vorher gehabt hätten. Die Besatzungsarmee sei niemals ein Feind der arbeitenden Bevölkerung gewesen. — Darauf wurde die Sitzung für geschlossen erklärt.

Die Arbeitervertreter waren empört, daß sie lediglich zur Entgegennahme eines Schriftstücks eingeladen und hierher gekommen seien und nun Zeit und Arbeit verschäumen müßten. Einmütig erklärten sie, aus einem solchen Anlaß niemals wieder nach Düsseldorf zu kommen.

Beamtenfragen — Kindernot

In der Sitzung des Landtags vom Dienstag wurden zunächst Beamtenfragen behandelt. Es lag eine Vorlage über die Befestigung von Zuschlägen an Beamte in besonderen teuren Orten vor. Dabei wandte sich der Kommunist Schneller gegen die großen Unterschiede der Beamteneinkünfte in den verschiedenen Klassen, ein Zustand, an dem Sachen aber nichts ändern kann, da es sich nach dem Reich erlassenen Grundgesetzen für die Beamteneinkünfte richten muß. Bei der Beratung des Altersgrenzengesetzes für Beamte das die Pensionierung von Beamten nach Erreichung des 65. Lebensjahres ermöglichen soll, wandten sich die bürgerlichen Redner besonders dagegen, daß Ausnahmen zugelassen werden. Lipinski begründete die Notwendigkeit der Zulassung von Ausnahmen besonders mit dem Hinweis, daß die Belastung eines Beamten über 65 Jahre unter Umständen deshalb notwendig sein könne, weil ein geeigneter Ersatz nicht zu finden sei.

Die Beratung einer Vorlage über die Uebernahme einer Staatsbürgerschaft für die Leidsdager Mustermesse benutzte der Kommunist Lieberach, um sich so gut zu blamieren, wie das überhaupt möglich ist. Da die Mustermesse die Form einer G. m. b. H. hat, wandte er sich dagegen, da eine kapitalistische Einrichtung unterstellt werde. Der Mann bestritt nicht, daß es sich hier um ein gemeinnütziges Unternehmen handelte. Außerdem verstand er die Weisheit, die deutsche Industrie könne nur so lange exportieren, als sich die deutschen Arbeiter mit niedrigeren Realloöhnen begnügten. Nach Herrn Lieberachs Worten also die Löhne der deutschen Arbeiter zu erhöhen, wenn nicht der deutsche Export unmöglich werden soll, was natürlich eine große Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß.

Eine Anfrage, der Deutschen Volkspartei, die sich mit dem Fall des Annaburger Studentensoldaten Bartholomey beschäftigte, brachte einen Ansturm der bürgerlichen Parteien gegen den Genossen Fiehn. Bartholomey war vorläufig von seinem Amt entsetzt worden, weil er als Vorsitzender des Annaburger Bürgerrats die Regierung beleidigt, ihr unter andern verfassungswidrige Verhältnisse vorgeworfen hatte.

Vorgehen ohne Warnung

Bachum, 16. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Der französische Divisionsgeneral Marzal de Bourgen hat durch Maueranschlag bekanntgemacht, daß die Truppen gegen jede feindselige Handlung, auch wenn sie sich durch Singen, Schreien usw. dokumentiert, ohne Warnung vorgehen werden. Die Truppen seien in reichster Anzahl gekommen. Friedliebende Bürger müßten sich bei Unruhen von der Straße fernhalten.

Erster Versuch der Zechenkontrolle

Nach Meldungen aus Essen wollte gestern eine Kommission französischer Offiziere die Zechen Salfer Brant im Norden von Essen besichtigen. Der Betriebsrat erklärte, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, da sie nicht unter Bajonetten arbeiten wollten. Die französischen Offiziere verzichteten darauf die Zechen.

Essen, 16. Januar. In dem Betrieb der Eisenbahnen ist bisher kein Eingriff erfolgt, doch sollen jetzt Kontrollgruppen für die Kohlenzüge auf den Bahnhöfen eingerichtet werden.

Düsseldorf, 16. Januar. Reichs-Tschillen wurde heute mittag vor den Generalstab des Brückenspores Düsseldorf geladen. Ihn und den mit ihm geladenen Generaldirektor Kertzen, Verwalter Ränge und Direktor Wittenhofen erklärte General Simon im Auftrag des Generals Degoutte, daß sie, wenn sie bei ihrer abtönenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Verfragen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkte verbleiben müßten.

Die Bluttat in Bochum

Bochum, 16. Januar. Neben den gestrigen Zwischenfall in Bochum, bei dem das erste Mal noch ein hoffnungsvolles Menschenleben vernichtet wurde, wird amtlich berichtet: Unter dem Einbruch der Besetzung durch die Franzosen fanden in Bochum, wo der Belagerungsstand noch nicht verhängt worden war, spontan patriotische Kundgebungen statt, wobei die Menge singend durch die Straßen zog. Die Schutzpolizei war den Massen gegenüber machtlos. Als ein Demonstrationzug an französischen Posten vorbeizog, gaben diese mehrere blinde Schüsse ab, worauf die Menge flüchtete. In diesem Augenblick schossen die Franzosen völlig grundlos scharf. Dabei wurde ein junger fleischschaffender Mann getötet und ein anderer verwundet. Infolge dessen ist die Erregung der Bevölkerung außerordentlich gestiegen.

Die Requirierung geht los

Düsseldorf, 17. Januar. Heute früh hat die ersten Requirierungsmahnmahnen durchgeführt worden. Mehrere Kohlewagen, die nach Bayern abgehen sollten, wurden ausgehakt und nach dem Westen dirigiert. Nach einer Mitteilung aus Paris hat Frankreich die ersten Kohlenzüge zugewiesen erhalten.

Hinausschleusen der Presse

Essen, 16. Januar. Im besetzten Gebiet sind die Presse seit der Besetzung um 50 bis 60 Prozent in die Höhe geschraubt. Milch und andere unregelmäßig gelieferte Produkte sind im Preise verdoppelt. Eine Tasse Kaffee kostet z. B. in fast allen Orten 250 M. Die Regierungen des Reiches und von Preußen haben ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Erleichterung der geschaffenen Not eine Zulage zu ihren Gehältern, Begehungen und Löhnen bewilligt, deren Auszahlung sobald erfolgen wird. — Die gesamten Arbeiter werden bald in schlimmster Weise die Not zu spüren bekommen.

Der Deutsche Volkspartei Hermann stellte die fähige Behauptung auf, daß in Sachen ein Unterdrückungssystem herrsche wie zur Zeit Metternichs und der deutschnationale Lehrer Grelmann klagte Stein und Wein darüber, wie schlecht es ihm ginge, weil er deutschnational sei.

Die Genossen Fleißner und Beckel wiesen die Entstellungen der Herren von rechts gebührend zurück. Fleißner erklärte, daß von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit der Beamten nicht die Rede sein könne, daß sich aber die Regierung von einem Beamten nicht je die Verantwortung gefallen lassen könne. Beckel erinnerte die Herrschaften daran, ein wie übles Unterdrückungssystem früher, besonders zur Zeit des Kaiserreichs, in Sachen geherrscht habe, und daß dieselben Leute, die heute so entrüstet sind, damals die reaktionäre Willkürherrschaft gebilligt hätten. Herr Dr. Hermann wollte die Gelegenheit benutzen, um die Kammer mit einer Art Mißtrauensvotum gegen Fleißner zu überrennen. Er brachte den Antrag ein, die Antwort des Kultusministers als nicht befriedigend zu erachten. Dabei erlosch er einen Reizfall. Der Antrag wurde mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Bei der Begründung mehrerer kommunistischer Anträge, die die Linderung der Not der Schulkinder bezweckten, hielt der Kommunist Schneller eine an Material reiche Rede. Dabei ging es natürlich nicht ab, ohne daß er des langen und breiten von den schönen Einrichtungen erzählte, die in Sowjetrußland für die Kinder geschaffen seien. Er machte sich von der Genossin Schilling lösen lassen, daß er die ruffischen Verhältnisse besser kenne als die deutschen. Es würde den Kommunisten gut tun, wenn sie sich einmal darüber orientierten, was in Deutschland alles für die Kinder geschaffen sei. Zum Schluß dankte sich der deutschnationale Kommunist noch einige Zeit mit den Kommunisten herum, wobei es ohne einige Ordnungsrufe für die beiden nicht abging. Die Anträge wurden dem Ausschuss überwiesen. Leider wird es die finanzielle Not des Staates nicht erlauben, alles, was für die Kinder zu tun, was notwendig wäre, aber es müssen Mittel und Wege gesucht werden, um wenigstens das schlimmste Elend zu mildern.

Der abgelehnte Mißbilligungs-Antrag

Sächsischer Landtag

9. Sitzung, Dienstag, 16. Januar 1923, nachmittags 1 Uhr

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Sauspalkausschusses A über die Vorlage wegen

Gewährung von örtlichen Sonderzuschlägen an Beamte, Lehrer, Pensionäre usw.

Der Ausschuss beantragt, die Vorlage unverändert zu genehmigen. Weiter heißt es in dem Ausschussbericht:

Der Landtag vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß Sachsen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist und daß deshalb durch Sonderzuschläge für bestimmte Orte (Dresden, Chemnitz, Leipzig, Braunschweig, Schönbürg, Leipzig, Chemnitz) eine befriedigende Lösung der Beamtenbeschäftigung nicht erreicht werden kann, daß im Gegenteil durch derartige Teuerungsfaktoren erneut Beunruhigung in die Beamtenenschaft hineintragen wird. Da aber im Reich nun einmal Sonderzuschläge für bestimmte Orte eingeführt sind, kann sie der Landtag für Sachsen mit seinen außerordentlich teuren Lebensverhältnissen nicht ablehnen; er fühlt sich im Gegenteil für verpflichtet, dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit der Reichsregierung die Gewährung von Sonderzuschlägen auch auf alle die Orte ausgedehnt wird, die gleichwertige wirtschaftliche Verhältnisse aufweisen wie die drei Großstädte und die in der Vorlage genannten vier Grenzorte.

Abg. Schneider (Komm.) begründet einen Minderheitsantrag, die Sonderzuschläge nur den Beamten zu gewähren, deren Bezüge das Ende der Gruppe 9 nicht überschreiten. Eine Arbeiterregierung dürfte eine solche Vorlage überhaupt nicht einbringen, wonach die Zuschläge auch den höheren Beamten zugute kommen sollen.

Minister des Innern Ripplert:

Der Landtag, dem auch die Kommunisten angehören, hat im Dezember 1921 beschlossen, die Besoldungsordnung des Reiches auch auf die sächsischen Beamten zu übernehmen. Dagegen beschloß entsprechend bisher die Zuschläge des Reiches den sächsischen Beamten gewährt worden. Es liegt also kein Anlaß vor, bei den geringfügigen Zuschlägen auf Ausnahmen zuzukommen.

Abg. Schürch (Soz.):

Wir sind überzeugt, daß wir bald dazu kommen müssen, die ganze Besoldungsordnung auf eine ganz andere Grundlage zu stellen, denn es ist eine Ungerechtigkeit, wenn die Besoldungsunterschiede zwischen oberen und unteren Beamten immer größer werden. Gegenwärtig läßt sich da aber nichts machen, da das Reichsbesoldungsgesetz bis 31. Dezember 1923 Geltung hat. Unbegreiflich ist es, daß das Reichsfinanzministerium der Ansicht zu sein scheint, daß nur in den sieben genannten Orten besondere Teuerungsvorgänge herrschen. Gerade in Bad Elster und in den Orten an der ganzen Grenze liegen die Verhältnisse ebenso, zum Teil noch schlimmer. Festgestellt muß noch werden, mit welcher Unberücksichtigung auch diese Vorlage wieder benutzt worden ist, um der Regierung ein aus dem Reich zu fängender Vorbehalt des Sächsischen Gemeindebeamtenlages hat sich dahin ausgeglichen, die Regierung habe beschlossen, die Sonderzuschläge für die Beamten zu sperren. Das ist unannehmlich. In Wirklichkeit hat das Finanzministerium erklärt, die Sonderzuschläge solange nicht auszugeben, als nicht die Genehmigung des Landtages vorliegt. Das Minderheitsgutachten bezieht sich nicht auf den Standpunkt, den wir bei der Beratung der Gesamtbesoldungsvorlage zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben uns aber damals dem Zwange fügen müssen.

Das Minderheitsgutachten wird abgelehnt und darauf das Ausschussgutachten angenommen.

Es folgt die erste Beratung über

das Altersgrenzengesetz der Beamten und Lehrer.

Abg. Wünger (D. Sp.) ist im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden und ist auch für die Ausdehnung der Zwangspensionierung auf die Kommunalbeamten.

Abg. Wöner (D. Sp.) kann sich für die Vorlage nicht besonders erwärmen. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn es beim Alten geblieben wäre. Gleichwohl freut er sich, daß das Gesetz auf die Gemeindebeamten ausgedehnt werden soll.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Die Vorlage ist wohl deshalb auf der rechten Seite keine Sympathien aus, weil sie auf eine demokratische Anregung zurückzuführen ist. Bedenklich finden wir nur die Bestimmung, daß die Regierung die Pensionierung eines Staatsdieners unbefristet hinauszuschieben kann.

Minister Ripplert erwidert, daß die Tätigkeit eines Richters im allgemeinen gleich sei, in der Verwaltung aber mitunter der Erlaß eines abgehenden Beamten schwieriger sei.

Abg. Gassan (Soz.):

Wir begrüßen, daß wesentliche Erleichterungen, insbesondere auch für die Berechnung der Dienstzeit unter Berücksichtigung moderner Verhältnisse und unter Anknüpfung an die Verdienste, durch die Vorlage herbeigeführt werden. Wir begrüßen auch die Möglichkeit, daß bei Vereinerung eines dienstunfähig gewordenen Beamten in den Ruhestand von den schwerfälligen Formalitäten abgesehen wird. Im allgemeinen kann es nicht bestritten werden, daß mit 65 Jahren bei der großen Weitsicht der Beamten die Zeit abgelaufen ist, wo sie dem Staat noch Dienste leisten können. Wir begrüßen die Tendenz des Gesetzes, befehlen und aber vor im Ausnahmefalle eine Reihe damit zusammenhängender wichtiger Fragen zu behandeln.

Die Vorlage geht an den Reichsausschuss.

An diesen Ausschuss werden auch noch kurzer, unwesentlicher Debatte das Jugtiererergesetz und das Liegenschaftsgesetz verwiesen.

Bei einer weiteren Vorlage handelt es sich um Übernahme von zwei Dritteln des Aufwandes der Deutschen Bäckerei in Leipzig auf den Staat.

In der Debatte sagt

Abg. Lieberach (Komm.), durch die Vorlage würde dem Wirtschaftsmittel ein gewisses Aufstiegsrecht erteilt.

Abg. Lieberach (Komm.) den Standpunkt, daß hier nicht von einer Durchföhrung der Planwirtschaft gesprochen werden kann, denn hier untersteht der Staat die Entlohnung ständiger Eigentums und dessen Überföhrung in Privatbesitz. Die Regierung sollte die Vorlage zurückziehen; seine Freunde lehnten sie ab.

Abg. Lieberach (Komm.): Die Regierung hat nicht die geringste Veranlassung, die Vorlage zurückzuziehen, am allerwenigsten aus den vom Redner angeführten Gründen. Lieberach hat die Vorlage also sehr auf das politische Gebiet verdrängt, sie ist aber in allererster Linie eine wirtschaftliche Angelegenheit. Dr. G. u. G. ist ein wirtschaftliches Zweckmäßigkeitsgebilde mit hartem Einfluß der Stadt Leipzig und des Staates.

Abg. Huber (Soz.) weist darauf hin, daß die Sowjetrepublik selbst auf der Leipziger Messe aussteht. Es ist auch nicht richtig, daß das Reich mit der Art der Aufmachung der Leipziger Messe privatkapitalistische Tendenzen verfolgt. Die Stadt Leipzig hat ein hochfliegendes Gelände hergegeben, das das Reich mit einem rentablen Gelände umgestaltet. Die Aufmachung der Leipziger Messe ist kein Sowjetunternehmen, denn alle Einnahmen werden zum Zwecke ihrer Vergrößerung verwendet. Man kann der Gesellschaft das Stadtbild gemeinsam ausstellen. Die Aus-

steller selbst sind an der Messe beteiligt und geben das meiste Geld her. Für uns kommt vor allem in Betracht, daß es sich um ein Unternehmen von wirtschaftlicher Bedeutung handelt, das letzten Endes auch der Arbeiterschaft zugute kommt, wie auch die Sowjetrepublik die Leipziger Messe besucht, um durch die dort gesammelten Aufträge Beschäftigung für die russischen Arbeiter zu haben.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Eine Anfrage Dr. Herrmann (D. Sp.) betrifft die Amtserhebung des Studentrates Bartholomey in Annaberg.

Der Antisepant spricht von einer Verpöbelung der Beamtenchaft, wie sie schlimmer nicht im vorigen Jahrhundert unter dem Regime Metternichs bestanden habe.

Kultusminister Fleißner: Studentrat Bartholomey hat als Vorsitzender des Annaburger Bürgerbundes im vorigen Nachrichtenblatt eine Erklärung veröffentlicht, in der die Augustvereinigungen des Kultusministeriums als 'religionsfeindlich und verfassungswidrig, als sozialdemokratische Gewaltmaßnahme und einseitige Parteidiktatur bezeichnet werden. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Damit hat er seine Dienstpflicht verletzt, denn er hat vor der Öffentlichkeit dienliche Erlasse seiner vorgesetzten Behörde nicht bloß kritisiert, sondern der Regierung den Vorwurf gemacht, sie habe die Verfassung verletzt. Deshalb ist gegen ihn ein Dienstverfahren eingeleitet worden, das nach schwebt. Eine Dienstentlassung ist nicht erfolgt, Studentrat Bartholomey wird bloß bis zum Ausgange des Verfahrens vorläufig von seinem Amte ferngehalten, um eine Beeinträchtigung der Lehrtätigkeit und der Schüler im Sinne der Stundgebung zu verhindern. Eine Unterbindung der Meinungsäußerung der Beamten kommt gar nicht in Betracht (Widerpruch rechts), sondern nur eine öffentliche Aufklärung gegen Fehde und Gerüchte, die eine Regierung nicht ruhig hinnehmen kann. Solange Sie (nach rechts) für Ihre Behauptungen keine Beweise erbringen, haben Sie kein Recht, von einem Spiegelsystem zu sprechen.

Abg. Grelmann (D. Sp.) sagt, es handle sich hier um einen Fall aus einer Reihe von ganz gleichen Vorkommnissen. Viele Mitglieder des Lehrkörpers ließen sich zu Spiegeldiensten gebrauchen. (Abg. Wedel (Soz.): Unverständlich!)

Abg. Dr. Weigel (Dem.) glaubt auch, daß im Falle Bartholomey die Gefinnungsdiktatur eine große Rolle gespielt habe. Im demokratischen Staate sollte das Kultusministerium nicht eine so starke Kontrolle zeigen.

Abg. Wedel (Soz.): Es hat sich weniger darum gehandelt, berechnete Klagen vorzubringen, als vielmehr dem Kultusminister ein zu verlesen. Bartholomey würde nicht die Erklärung unterschrieben haben, wenn er nicht gehofft hätte, daß am 5. November hier ein anderer Kultusminister sitzen würde. Im Falle des Herrmann Fleißner hat die Rechte gefordert, daß nicht in ein schwebendes Verfahren eingegriffen werden solle. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Warum wartet man nicht hier die Entscheidung ab, ehe der Landtag dazu Stellung nimmt? Wenn gesagt worden ist, früher sei so etwas nicht passiert, so erinnere ich nur an die Vera Bed, wo die Lehrtätigkeit in der Tagesordnung waren, ohne daß sich jemand von der Rechte dagegen gemeldet hätte. Heute kann sich aber niemanden derjenige, der verlegt ist, verteidigen, früher gab es das nicht, heute können Sie gegen den Kultusminister reden, früher war das nicht erlaubt. Der Behauptung des Abg. Grelmann, daß es innerhalb der sächsischen Lehrtätigkeit die meisten Benachteiligten gibt, wird wohl von der zuständigen Stelle nachgegangen werden. Wir sind für die Meinungsäußerung der Beamten außerhalb der Dienstzeit, aber eine Beleidigung ihrer Minister wird die Rechte nicht dulden.

Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.) hat den Eindruck, daß man alle Beamten, die sich nicht politisch fügen, zu bestrafen versucht.

Kultusminister Fleißner stellt nochmals fest, daß es sich nicht um eine Partei handelt, sondern um die Regierung, die in unqualifizierbarer Weise angegriffen worden ist.

Ein Antrag Dr. Herrmann, die Antwort der Regierung für nicht bestrickend anzusehen, wird mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Das Schulkinder-Geld

Mehrere kommunistische Anträge fordern die Einführung unentgeltlicher Schulbesuchung für alle Kinder Minderbemittelter, die Neuregelung und Ausdehnung der ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchung der Schulkinder, sowie die Gewährung von Beihilfen zur Ausstattung der Schulkinder mit Kleidern und Schuhen. Die Kosten sollen durch eine Landeswohlfahrtssteuer von den besitzenden Klassen erhoben werden.

Abg. Schneider (Komm.) bezeichnet das Kinderesend als eine Begleiterklärung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In Sowjet-Rußland würde viel, bei uns gar nichts getan.

Frau Schilling (Soz.): Wir unterstützen die Anträge. Eine Untersuchung der Leipziger Schulkinder Ende 1922 ergab, daß 34,73 Prozent aller Knaben und 20,8 Prozent aller Mädchen kranklich und unterernährt waren. Wechnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Städten. Seit der Stöckung der Quälereispelungen reichen die Mittel nicht aus, und es kann nur eine weit geringere Zahl von Kindern gespeist werden. Wir verlangen deshalb, daß Reich und Staat Mittel bereitstellen, um die unterernährten Kinder speisen zu können. Die Kommunisten scheinen über die russischen Verhältnisse besser unterrichtet zu sein, als über die deutschen (Heiterkeit), denn sonst müßten sie wissen, was hier auf dem Gebiete der Kinderfürsorge getan wird. In Leipzig gibt es z. B. 117 Kinderfürsorgeeinrichtungen.

Die Redner der übrigen Fraktionen sprechen sich mehr oder weniger zustimmend aus, erklären aber, daß so, wie die Kommunisten es vorschlagen, die Sache nicht gemacht werden könne.

Die Weiterberatung erfolgt im zuständigen Ausschuss. Nächste Sitzung: Donnerstag den 18. Januar, 1 Uhr.

Hilfe für die Kleinrentner

Die neue geradezu phantastische Preissteigerung für die gesamte Lebenshaltung zwingt das Reich, abermals den der Not besonders hilflos gegenüberstehenden Volksschichten beizuspringen. Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb einen neuen Gesetzentwurf zur Unterstützung der Kleinrentner ausgearbeitet, über den am Dienstag im Reichsrat verhandelt wurde. Wesentlich an dem Gesetzentwurf ist, daß den Gemeinden eine Verpflichtung zur Rückföhrung auferlegt und den Kleinrentnern ein Rückforderrecht eingeräumt wird. Ferner steht gegenüber den Verwandten das Recht zu, die Ansprüche der Kleinrentner gegenüber den Verwandten zu verfolgen. Strittig ist nur die Frage, ob das in einem Verwaltungs- oder in einem gerichtlichen Verfahren vor sich gehen soll, wahrscheinlich im Wege der Verwaltung. Strittig ist ferner die Frage des Anteils des Reiches an der Aufbringung der Kosten. Die Vorlage im Reichsrat verlangt die Hälfte vom Reich; der Reichsarbeitsminister will eine stärkere Beteiligung des Reiches. Ansatz und Umfang der Unterstützung werden, wie bisher, durch Richtlinien vom Reichsrat und vom Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages im Benehmen mit der Reichsregierung festzulegen.

Wiederholt wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß vor allem der kleine Klein- und Sozialrentner unterdrückung bedürftig sei; denn er sei völlig außerstande, die Kosten, die irgendeine ernsthafte Krankheit verursacht, zu bezahlen. Deshalb wurde öfter angeregt, die Krankenversicherung auf die Schichten der Klein- und Sozialrentner auszuweiten. An den erwähnten Stellen betont man jedoch die großen finanziellen Schwierigkeiten, die eine solche Ausdehnung der Krankenversicherung mit sich bringen müßte. Bei den Klein- und Sozialrentnern gebe es weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, die die Kosten für die

Krankenkassen aufbringen. Schließlich seien die Krankenkassen ja gerade jetzt in einer schwierigen finanziellen Lage, und das Reichsarbeitsministerium habe deshalb einen Gesetzentwurf über die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen ausgearbeitet. Dieser Gesetzentwurf soll am Mittwoch den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages beschäftigen.

Kleine politische Nachrichten Nationalistische Gegenaktion?

Insterburg, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Als Gegenaktion gegen den Einfall litauischer Panden in das Memelgebiet hat sich in Ostpreußen in der Nähe der Memeler Landesgrenze eine Bewegung gebildet, die beabsichtigt, Memel durch Waffengewalt von den Litauern zu befreien. Die Bewegung steht unter Führung deutsch-nationalistischer Krieger. Ein nationalisticcher Gegenpartei von deutscher Seite dürfte das ungeeignetste Mittel sein, unsere Landeskinder in Memel, die unter französischem Protektorat stehen, zu helfen. Wir erwarten daher, daß die deutsche Regierung das Vorhaben der nationalisticchen Teilnahme rechtzeitig durchkreuzt.

In bayerischen Gefängnissen unheimlich! Aus München wird gemeldet: Der bayerische kommunistische Landtagsabgeordnete Eugen Meißner, der Steinbruder in München war, ist jetzt in der Strafanstalt Miesbach in einem Verzug leiden erlegen. Der bayerische Strafvollzug muß endlich einmal unter Kontrolle gestellt werden!

Neue Preise der Reichsgetreidekasse. Nach einer Meldung der Volk. Z. mußten infolge der Preissteigerungen, die wegen des starken Anstiegs der Welt für ausländisches Getreide notwendig wurden, auch die Abgabepreise der Reichsgetreidekasse erhöht werden. So solltet vom 15. Januar an Roggen 107.000, Weizen 212.000 M. die Tonne, Dinkelvordring betragen der Weizen für den Doppelzentner Weizen 27.00 M. Da auch die Kosten für das Getreidevermehren, die Frachten sowie die Kosten beim Baden und Verkauf des Getreides gestiegen sind, glaubt das Volk mit einer noch bevorstehenden weiteren starken Preissteigerung rechnen zu müssen.

Neueste Telegramme Die weiteren Zwangsmassnahmen

Paris, 17. Januar. (Hav.) Infolge der gestern festgestellten Verhältnisse Deutschlands bei den Kohlenlieferungen hätten sich die französischen und die belgische Regierung entschlossen, sofort auf Konto der Allierten die Kohlensteuer im besetzten Gebiet zu erhöhen. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Als weitere Sanktionen komme die Kontrolle der Dominiawälder in Frage, die vorbereitet werde. Ferner werde die Errichtung einer Zolllinie im Nordlande und um das Ruhrgebiet geprüft.

Die Russen weiter berichtet, haben gestern sechs Zehentbesitzer aus dem Gebiet Odesa die Requisitionen übergeben erhalten. Die Grundbesitzer würden einzeln für die Lieferung Kohlen gemacht, h. h. es werde ihnen mit dem Prozess vor dem Militärgericht gedroht.

Poincaré gibt nur 45 000 Mann zu

rs. Paris, 17. Januar. (Via. Draht.) Das amerikanische Staatsdepartement hat auf dem Hinweis über die französische Wehrmacht in Washington bei der Pariser Regierung anfragen lassen, wie groß die Truppenmacht sei, mit der die französische Armee im Ruhrgebiet durchgezogen werde. Poincaré hat offiziell geantwortet, daß 45 000 Mann für den Vormarsch verwendet würden.

Englands Eingreifen erst nach der Katastrophe

London, 17. Januar. In amtlichen Kreisen ist man, dem Väterten zufolge, überzeugt, daß der Vormarsch der Franzosen zur Katastrophe führen werde. Im britischen Kabinett gewinnt die Ansicht ständig an Boden, daß eine energiegeliche Aktion Englands nicht mehr lange verschoben werden könne.

Nur ein Privatplan Wobdens

rs. Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtmeldung.) Die Zurückhaltung der Washingtoner Regierung gegenüber den europäischen Anträgen kommt am deutlichsten in einer vom New Yorker Herald veröffentlichten Erklärung zum Ausdruck. Das Staatsdepartement drückt in dieser Erklärung sein Erstaunen über die Absicht des amerikanischen Bevollmächtigten in der Reparationskommission Wobdens aus, einen Reparationsplan vorzulegen. Die Regierung der Vereinigten Staaten lehne diesen Plan nicht ab, es könne sich deshalb nur um eine persönliche Arbeit Wobdens handeln, die er auf die Aufforderung der Reparationskommission durchgeführt hat. Keinesfalls können die von Wobdens vertretenen Aufforderungen als die Auffassung der Washingtoner Regierung angesehen werden. Es ist bezeichnend zu beachten, daß das Staatsdepartement diese amtliche Erklärung für notwendig gehalten hat, obwohl Wobdens schon von sich aus den rein privaten Charakter seines heutigen Vorschlags betont hatte.

Der Dollar 18154,50

Table with exchange rates for various currencies against the Dollar as of Jan 17, 1923.

rs. Berlin, 17. Januar. (Eig. Draht.)

Noch der ganz geringen Entspannung des gestrigen Abendbörseleses liegen heute die ausländischen Zahlungsmittel ihre Rückwärtsbewegung weiter fort. Schon in den frühen Morgenstunden machte sich eine starke Materialknappheit bemerkbar, so daß der Dollar mit 18500 einsetzte und auf 17900 sprang. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen. Von Wörte ausschließlich Geldsurse. Die übrigen ausländischen Zahlungsmittel wurden bei kleinsten Umsätzen ebenfalls zu wesentlich höheren Preisen genannt. London um 11 Uhr mit 80.000. An der Börse setzte die Aufwärtsbewegung weiter fort und der Dollar wurde gegen 1 Uhr mit 18300 genannt. In New York betrug der nachbörsliche Kurs 0,83, was einer Parität von 15.000 für die Mark entspricht. Es ist auffällig, wie in diesen Tagen Berlin in seiner Debitenkasse allen anderen Börsen voranzieht. Der Anst der politischen Lage prägt sich auch heute am offenkundigsten deutlich aus. Die Frage der Orientierung fällt durch die Aussprüche über das Vorgehen Frankreichs und deren Auswirkungen in den Wintermond. Es ist ersichtlich, daß die Kaufkraft heute bei weitem überwiegt.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Eger und Albe

Table with water levels for Moldau, Elbe, Eger, and Albe rivers.

Regelung des Meldewesens für die Lebensmittelversorgung.

Die Bestimmungen in Abschnitt II der Bekanntmachung des Gemeindevorstandes Dresden...

II. Meldewesen. 1. Personen, die ihren ursprünglichen Aufenthalt...

2. Personen, die ihren ursprünglichen Aufenthalt...

3. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

4. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

5. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

6. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

7. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

8. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

9. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

10. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

11. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

12. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

13. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

14. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

15. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

16. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

17. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

18. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

19. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

20. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

21. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

22. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

23. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

24. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

25. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

26. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

27. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

28. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

29. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

30. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

31. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

32. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

33. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

34. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

35. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

36. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

37. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...

38. Die Meldewesen in der Lebensmittelversorgung...



Ab Donnerstag! Marko der Mann der Kraft

in dem außergewöhnlich spannenden Sensationsfilm Marko kennt keine Furcht

Der Meilenfresser Eine der beliebten tollen amerikanischen Grotesken. - 2 Akte.

Wochentags ab 4 Uhr, Sonntags ab 2 1/2 Uhr.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund Dresden

Veranstaltungen des angegliederten Gewerkschaftsbundes: Abteilung Metallindustrie...

Abteilung Transportarbeiter-Verband: Abteilung Metallindustrie...

Abteilung Baugewerksbund, Fachgruppe der Fliesenleger...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Schneider- und Bekleidungsindustrie...

Abteilung Buchbinderei...

Abteilung Druckerei...

Abteilung Steinmetz- und Bildhauer...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

Abteilung Tischler- und Holzgewerkschaft...

SARRASANI Fremden-Legation

Täglich 7,15 Uhr. Ververk.: Resid.-Kaufh. Das Schauspiel der Zeit!

Ball-Anzeiger für Donnerstag den 18. Januar

Constantia Heute Reunion. Winkels-Orchester.

Drei-Kaiser-Hof. Musikkapelle G. Schönberg

Glycium, Räcknitz. Endstation Linie 6

Hollacks Etablissement. Künstlerkapelle.

Palmengarten. Pflanzliche

Constantia. Die beliebten Vorträge

Gardinen. Sehr vorteilhaftes Angebot!

Bogel. Gardinen-Fabrikanten B. Jähnig

Metallschmelze. Haupt, Börspl. 17, 2, Tel. 35372

Brillanten. Goldbruch - Silberbruch - Gebisse

Platin - Zähne - Uhren - Schmucksachen

Bestecke - Barren - Doublel

Adolf Zimmering. Pinnische Straße 20

Bekanntmachung. Infolge Geschäftsveränderung...

Gold- und Silber-Einkauf. von Zimmer Nr. 13...

Drillich & Co. handelsrechtlich eingetragene Firma

Dresden, Hotel Amalienhof. Amalienstraße 24...

Für Händler und Wiedervertäufel! Großer Posten Riegelseife

Verandhaus „Ally“, Stiftsstraße 10.

Edelmetallzentrale

kauft dringend auf streng reeller Basis Vorwiegend vor den Augen des Verkäufers

Gold-Silber-, Platin-

Gegenstände, Bruch und Doublel

Preußer & Glaser. Markgrafenstr. 40

Geschäftszeit 9-12 1/2 u. 2 1/2-7 Uhr. Telefon 17484

Berwertung. Gebisse Gold, Silber, Platin

W. H. Rorte. Wettinerstraße 20.

Uhren. kauft Tesluk. Johannesstr. 13, II.

Brillanten. Goldbruch - Silberbruch - Gebisse

Platin - Zähne - Uhren - Schmucksachen

Bestecke - Barren - Doublel

Adolf Zimmering. Pinnische Straße 20

Bekanntmachung. Infolge Geschäftsveränderung...

Gold- und Silber-Einkauf. von Zimmer Nr. 13...

Drillich & Co. handelsrechtlich eingetragene Firma

Dresden, Hotel Amalienhof. Amalienstraße 24...

Für Händler und Wiedervertäufel! Großer Posten Riegelseife

Verandhaus „Ally“, Stiftsstraße 10.

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Schnittbauer stellt ein Sachsenwerk, Radeberg.

200 perfekte Kartonnagen-Arbeiterinnen

Kreh & Sommerlad. Pilsna, Rottwenderstr. 32d

Schnittfräser Rindewender. Müller, Schwanfabrik

Bankbuchig. Rackow. Brauch Belatragen

Schallplatten. Noack. Bürgerstraße 8.

Felle. Rich. Freisleben. Postplatz

Spülapparate. Frau Heusinger. Jüdenhof 8.

BEVD. 4. Unterbezirk

Dresden-N., Gruppen 1 bis 6. Freitags, 8 Uhr.

Bezirk Trachberge. Freitags, 8 Uhr.

Bezirk Pieschen. Freitags, 7 1/2 Uhr.

Bezirk Mickten. Freitags, abends 7 1/2 Uhr.

Bezirk Nadebeul. Sonnabends, 8 Uhr.

Bezirk Reichenberg. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe Klossche. Freitags, 8 Uhr.

Bezirk Klossche/Ottendorf. Sonnabends, 8 Uhr.

Bezirk Schwepnitz. Donnerstags, 7 1/2 Uhr.

Dresden-Mittstadt

BEVD. 5. Unterbezirk

Gruppen-Versammlungen

Gruppe 1: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 2: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 3: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 4: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 5: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 6: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 7: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 8: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Gruppe 9: Restaurant Wofka. Freitags, 8 Uhr.

Regina = Palast. Dresden - 22 Waisenhausstraße 22

Tänzlich 8 Uhr abends

Tanz und Cabaret

Attraktionen ersten Ranges

Tänzlich 4 1/2 Uhr nachmittags

fünf-Uhr-TEE

mit Tanzdarbietungen

Tischbestellungen: Fernruf 22943, 22944 und 22945.

Bettwärmer. Tymiens Thalia-Theater

Wohnung in der Waldhütte

Wohnung in der Waldhütte

Constantia. Die beliebten Vorträge

Gardinen. Sehr vorteilhaftes Angebot!

Bogel. Gardinen-Fabrikanten B. Jähnig

Metallschmelze. Haupt, Börspl. 17, 2, Tel. 35372

Brillanten. Goldbruch - Silberbruch - Gebisse

Platin - Zähne - Uhren - Schmucksachen

Bestecke - Barren - Doublel

Adolf Zimmering. Pinnische Straße 20

Bekanntmachung. Infolge Geschäftsveränderung...

Gold- und Silber-Einkauf. von Zimmer Nr. 13...

Drillich & Co. handelsrechtlich eingetragene Firma

Dresden, Hotel Amalienhof. Amalienstraße 24...

Für Händler und Wiedervertäufel! Großer Posten Riegelseife

Verandhaus „Ally“, Stiftsstraße 10.

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Uhren. kauft Tesluk. Johannesstr. 13, II.

Brillanten. Goldbruch - Silberbruch - Gebisse

Platin - Zähne - Uhren - Schmucksachen

Bestecke - Barren - Doublel

Adolf Zimmering. Pinnische Straße 20

Bekanntmachung. Infolge Geschäftsveränderung...

Gold- und Silber-Einkauf. von Zimmer Nr. 13...

Drillich & Co. handelsrechtlich eingetragene Firma

Dresden, Hotel Amalienhof. Amalienstraße 24...

Für Händler und Wiedervertäufel! Großer Posten Riegelseife

Verandhaus „Ally“, Stiftsstraße 10.

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Mur kurze Zeit. alle 10 für alte

Schellack Leim. Voller, Pirn. W. raffen, Nach kauft

Das Pressenotgesetz Deutscher Reichstag

In einer nur kurzen Sitzung verabschiedete der Reichstag am Dienstag in allen drei Lesungen ein Abänderung des Pressenotgesetzes. Die Reichsregierung hatte beantragt, die Abgabe von den Holzverkäufen zugunsten des Mädelstiftungsfonds an die Presse von 4 Prozent auf 1 1/2 Prozent zu erhöhen. Der Reichstag billigte nur eine Erhöhung auf 1 Prozent. Im Reichstage aber wurde von allen Parteien ein Antrag angenommen, die Abgabe auf 2 Prozent zu erhöhen. Besonders eifrig schloß bei der Beratung des Gesetzesunter Ausschuss Richard Fischer die Notlage der deutschen Presse. Er sagte, wenn sich die Dinge so weiter entwickelten, würden sehr bald nur noch W a m m u t h - K a p i t a l i s t e n Zeitungen herausgegeben können, und die ganze öffentliche Meinung Deutschlands werde dann von ein paar sehr reichen Leuten kontrolliert werden. Die Hauptursache der Pressenot seien die enormen Holzpreise, die wieder entsprechend die Papierpreise in die Höhe trieben. Die Vorkriegs-Druckerei brauche jetzt monatlich für 20 Waggon Papier etwa 140 Millionen Mark. Das sei dem Betrag nach in Preisen des Jahreshaushalts eines mittleren deutschen Bundesstaates gewesen. Besonders notwendig sei auch die Presse im besetzten Gebiet, die nicht dem Holzwucher gesteuert werde, allmählich von den deutschfeindlichen mit der hohen Valuta finanzierten Zeitungen zurückgedrängt werden müßten. In der Erkenntnis dieser Notlage erklärte unser Redner, daß sich unsere Partei mit der Abgabe von 2 Prozent von den Holzverkäufen, die sie gewiß zustimme, nicht zufrieden geben könne. Deshalb beantragte unsere Fraktion, daß zur Verjüngung der Tagespresse für die Zeit vom 1. April 1923 monatlich 100 000 Raummeter Papierholz aus den Staatswaldungen und aus den Privatwaldungen zu bedeutend ermäßigtem Preise für die Papierfabrikation zur Verfügung gestellt werden soll.

Einen ähnlichen Antrag hat unser Genosse Robert Schmidt schon vor zwei Jahren in seiner Eigenschaft als Reichsminister für den Reichstag gemacht. Die deutsche Presse wäre nicht in der furchtbaren Bedrängnis, wenn schon vor zwei Jahren dieser sozialistischen Anregung gegen den Holzwucher stattgegeben worden wäre. Aber auch jetzt noch sträuben sich die bürgerlichen Parteien, das einzige zu tun, was zur Rettung der Presse geht. Aus Furcht, daß auf irgendeinem Gebiete wieder die Monopolwirtschaft eingeführt werden könne, erhebe sie Bedenken über Beschlüsse gegen den sozialdemokratischen Antrag auf eine Holzumlage zu verbilligtem Preise. Sowohl der demokratische Redner, wie der der Deutschen Volkspartei und der der Deutschnationalen versuchen zu betreiben, daß Holzwucher bestesse, und erklären, der Antrag der Sozialdemokraten müsse erst einmal im Ausschuss geprüft werden. Unser Antrag wurde also dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Es ist Sache der deutschen Presse, dafür zu sorgen, daß dort die sozialdemokratische Anregung diesmal in zweifelhafte Stunde günstiger behandelt wird, als vor Jahren im Reichstag.

Mehrere kleinere Gesetzesentwürfe wurden in dritter Lesung verabschiedet, so eine Änderung des Weingehes und die Ergänzung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Sächsische Angelegenheiten

Die Gemeindeförderung

Das Kultusministerium hat dem Landtag den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung vorgelegt. Es handelt sich im wesentlichen um den Entwurf der bereits den letzten Landtag beschäftigend und den lebhaften Widerspruch der bürgerlichen Parteien hervorgerufenen hatte. Auch im neuen Landtag werden also die Bürgerlichen gegen die neue Gemeindeordnung Sturm laufen. Aber das wird uns nicht hindern, dieses wichtige Werk zur Festigung des neuen, republikanischen Staates durchzuführen.

Ferner erludt die Regierung den Landtag, für den Erweiterungsbau der Uhrmachersäle Glaskapitalie die Darlehenssumme von 18 auf 78 Millionen M. zu erhöhen. Eine weitere Regierungsvorlage fordert die Übernahme der Bürgerpflicht für die Hälfte des Steuerbetrags des Direktors des Museums für Vögelwesen und Schrifttum in Leipzig durch den Staat.

Die Erwerbslosenfürsorge im Ausschuss

In den Anträgen, die im Landtag zur Erwerbslosenfrage gestellt waren, beschäftigte sich am Dienstag der Haushaltsausschuss B. Von untern Vertretern wurde die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen gefordert. Die Sätze sollten in Zukunft allmählich mit den Gehältern der Beamten steigen. Gleichzeitig wurde vom Reich verlangt, daß die Unterstützung der Frauen ebenso hoch bemessen würde, wie die der Haushaltungsvorstände. Bei Entlassungen sollten zunächst die Frauen berufstätig werden, deren Männer ein zum Unterhalt ihrer Familie ausreichendes Einkommen beziehen. Es wurde ferner verlangt, daß vor der Zulassung von Leberstunden die Notwendigkeit der Leberarbeit sorgfältig geprüft wird, und es wurde gefordert, daß die Arbeits-

losenunterstützung nicht erst nach Ablauf einer Woche gezahlt wird. Es soll ferner dem Uebelstand entgegengetreten werden, daß Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in der Industrie beschäftigt werden, während gelernte Industriearbeiter erwerbslos sind. Auch soll es nicht mehr geübt werden, daß Ausländer, die in ihrer Heimat Haus und Hof besitzen, in der sächsischen Industrie beschäftigt werden. Hier könnten viele Stellen für inländische Arbeiter freigemacht werden.

Die Kommunisten brachten nicht weniger als fünf Anträge ein, die aber von den antwortenden Industrievertretern durchweg als undurchführbar bezeichnet werden mußten, zumal ja, wenn solchen Sonderunterstützung an die Arbeitslosen zahlte, das Reich ihm sofort die Mittel sperren würde. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt. Es begann dann noch die Beratung des Antrags Schneider, der die Errichtung einer gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft fordert, die mit Hilfe einer Goldanleihe Wohnungen baut. Die Regierungsvorleger ständen dem Projekt sehr skeptisch gegenüber, erklärten sich aber zu einer Prüfung des Vorschlags bereit.

„Sozialdemokraten vertreten nicht das Proletariat“

Unter dieser Überschrift bringt das kommunistische Volksblatt eine Darstellung von Vorgängen aus dem Prüfungsausschuss des Landtags, durch die die Tatsachen unerbittlich entstellt werden. Das Volksblatt berichtet, daß der Kommunist Bissel im Ausschuss vorgelegt habe, mit der Gewohnheit zu brechen, Beschwerden über abgelehnte Erwerbsgesuche nicht zu behandeln. Gegen diese Ausführungen soll sich der Genosse Menke gewandt haben. Dazu ist zu bemerken, daß Menke, der früher Vorsitzender des Ausschusses war, auf Grund eines Beschlusses des früheren Ausschusses über Erwerbsgesuche direkt mit den zuständigen Regierungsstellen verhandelte. Bis auf wenige Ausnahmen, sind die Gesuche zugunsten der Petenten erledigt worden. In der fraglichen Sitzung des Ausschusses erklärte Genosse Menke, er sei damit einverstanden, daß dem Ausschuss ein Gutachten des Justizministeriums über die Erwerbsgesuche vorgelegt werde. Der Justizminister hätte auch bereits die Vorklage solcher Gutachten zugesagt.

Das kommunistische Volksblatt schließt sich dann noch mit einem weiteren Vorgang, aus dem Prüfungsausschuss. Es war ein Besuch eingegangen, das angeblich von der Arbeiterschaft eines Leipziger Betriebes stammte und die Bildung einer Arbeiterregierung forderte. Herr Bissel verlangte kommunistische Beratung über dieses Gesuch. Ein Verlangen, das natürlich von unsern Genossen abgelehnt wurde. Daß auch die Sinnlosigkeit einer derartigen Beratung auf der Hand, die Bestellung wäre nur Selbstverschwendung gewesen, wenn man sich in dem Ausschuss noch einmal darüber unterhalten hätte. Dem Genossen Hagen werden vom Volksblatt Worte in den Mund gelegt, es gehe zu weit, wegen der Arbeiter eines Betriebes einen so großen Apparat in Bewegung zu setzen. Hagen hatte darauf hingewiesen, daß die Beschwerden in Wirklichkeit gar nicht die Anschauung der gesamten Arbeiterschaft des fraglichen Betriebes wiedergäbe, sondern offenbar nur von einigen Arbeitern ohne Zustimmung ihrer Kollegen an den Landtag geschickt worden sei. Es ist begreiflich, daß diese Feststellung den Kommunisten recht unangenehm war.

Späte Erkenntnis

Die Kommunisten entfalten eine lebhafteste Tätigkeit. Sie bombardieren — keine Frage! — den Landtag mit Anträgen in solch bedauerlicher Anzahl, daß kein Zweifel mehr darüber bestehen kann: auch unsere kommunistischen Genossen haben jetzt endlich — 4 Jahre nach der Revolution — die Bedeutung des „reinen bürgerlichen Parlamentes“ (mit sozialistischer Mehrheit!) erkannt. Wir begrüßend unsere Genossen links von uns zu dieser etwas späten Erkenntnis. Vielleicht entschließen sie sich nun auch, auf dem Boden des Parlamentes den Klassenkampf gemeinsam mit uns zu führen, anstatt, wie so oft, den bürgerlichen Parteien gegen uns Selbstzerberie zu leisten.

Die neuesten kommunistischen Anträge fordern Amnestie, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Unterstützung der Sozialrentner, Verringerung des Kinderertrags (Schulbeiträge), Ausstattungsbeihilfen für die Schulentlassenen, Auflösung der Technischen Hochschule, Unterstützung der gegen die Forderung gebildeten Kontrollausschüsse, Bildung von Arbeitervereinen, Bekämpfung der Reaktion.

Ein Teil dieser Anträge betrifft nicht sächsische, sondern Reichsangelegenheiten, ein anderer Teil ist bei der finanziellen Notlage des Staates im Augenblick undurchführbar. Es wird von den Kommunisten selbst abhängen, ob sie der Regierung durch Bewilligung von Mitteln (Steuern usw.) die Möglichkeit geben, ihre übrigen Forderungen zu verwirklichen. Wenn nicht, so würden sie damit aus neuem Beweisen, daß die ganzen Anträge nur ihrem Agitationsbedürfnis

dienen, nicht aber den Zweck haben, der Arbeiterklasse zu nützen und zu helfen.

Eine Gerhart-Hauptmann-Spende

Die Staatskanzlei teilt mit: Gerhart Hauptmann besuchte gestern Vormittag den Ministerpräsidenten und teilte ihm bei dieser Gelegenheit mit, daß er von einer Millionenpende, die seine Freunde in der Reichs-Elowatel für ihn gesammelt haben, einen wesentlichen Teil zur Unterstützung notleidender Kinder in den sächsischen Grenzgebieten zur Verfügung zu stellen gedenke. Er bat, daß ihm und seinen Vertrauensmännern bei der Verteilung die Mithilfe der sächsischen Regierung zuteil werden möchte. Der Ministerpräsident bat unter dem Ausdruck des herzlichsten Dankes die Mithilfe zuzugestehen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Landtag einen Antrag vorgelegt, der die Regelung des Bauarbeiterlohnes verlangt.

Bürgerliche Selbstverwaltung. Die Behauptung bürgerlicher Blätter, der sächsische Reichstagsabgeordnete Genosse Schirmer sei zum Amtshauptmann von Freiberg ernannt worden, ist falsch. Das Gesamtministerium, das für die Besetzung zuständig ist, hat keinen derartigen Beschluß erlassen.

Der Verband sächsischer Industriellen gab in seiner am 12. Januar abgehaltenen Sitzung der tiefen Empörung Ausdruck über das geraltliche Vorgehen Frankreichs. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Otto Moras, Bittau, verkündete unter anderem, die sächsische Industrie stehe in diesen schweren Schicksalstagen einmütig hinter der Reichsregierung.

Stadt-Chronik

Dieser Jüngling

Von Roda Roda

Dieser Jüngling mit den roten Händen singt abendlich im Kabarett drei unanständige Lieber; singt sie so eindrucksvoll, daß die Zuhörer innerhalb zwanzig Minuten mehr als achtmal hell auflochen. Davon lebt dieser Jüngling.

Architekten haben einen Plan entworfen, Moser ein Haus geschichtet aus mühsam gebrannten Ziegeln, und der Jüngling wohnt darin.

Man züchtet in Australien Schafe, bringt ihre Wolle auf Dampf nach Europa, webt in Chemnitz Tuch daraus, damit der Jüngling seinen Frack bekomme.

Im Hemd aus schließlichem Modus trägt der Jüngling eine Perle; malajische Lander mußten sie aus Meerestiefen holen. Und das Gold für seine Uhrkette haben Antis in Alaska gewonnen.

Ein holsteinisches Koll ließ für des Jünglings Schuhe sein Leben.

Ist das nicht ein bißchen viel Aufwand für drei kleine Liedchen? Die nicht einmal von diesem Jüngling sind?

Ich sage nichts gegen ihn. Ich bewundere nur die Menschheit, die es aus kleinen Urwaldanfängen mit Werkzeugen von Feuerstein in ein paar lumpigen Jahrtausenden so herrlich weit gebracht hat.

Immer wieder: falsche Brotpreisberechnungen

Das Blatt des sächsischen Landwirtschaftsrates, die landwirtschaftliche Zeitschrift, hat ebenso wie der Kommunistische Anzeiger und andere Blätter unzutreffende Darstellungen über das Werden des Brotpreises gebracht. Der letzte Bericht dieser Art hat der sächsische Landesgetreidekellere Veranlassung gegeben, bei der Reichsgetreidekellere anzufragen, wie hoch bei den jetzigen Preisen die Anteile der verschiedenen Beträge sind, aus denen sich der Brotpreis zusammensetzt, insbesondere der Rolle der Reichsgetreidekellere selbst. Die Reichsgetreidekellere hat darauf folgende Antwort erteilt:

Der Artikel stellt eine Wiederholung von bereits widerlegten Behauptungen dar. Er behauptet beispielsweise, daß der Anteil der Müller und der Bäder mit 22 Prozent während des ganzen Wirtschaftsjahres 1921/22 der gleiche geblieben sei, während in dem ersten Teil der Ausführungen mehrfach darauf hingewiesen wird, daß der größte Teil der Brotpreisrückgänge durch die durch dauernde Verteuerung der Rohstoffe und Erhöhungen der Löhne verursachte Steigerung der Sachkosten (Verteilungskosten und Verdienste) hervorgerufen ist. Die Behauptung, daß die Gesamtkosten der Reichsgetreidekellere und der Kommunalverbände im Wirtschaftsjahr 1921/22 etwa 14 Prozent des jeweiligen Marktpreises betragen hätten, ist den falschen Berechnungen des Reichstagsabgeordneten Schiele (Deutsche Tageszeitung Nr. 822 vom 26. Juli 1922) entnommen, der seinerseits wiederum auf vollkommen unhaltbaren Rechnereien des Landtagsabgeordneten Günther Richter-Puhn (Magdeburgerische Zeitung Nr. 844 vom 1. Juli 1922) fußt. Die 14 Prozent entstammen dem seinerseits von der Reichsgetreidekellere veröffentlichten Brotpreistafel. Dort waren auf Grund

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens
Von Léon Frapié
Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von
A. M. de Grazia und F. Kunde

Sie wählte Empfehlungen auf; mehrere Schillinge hatten ihr Glück gemacht, und sie setzte hinzu:
„Sie dürfen nicht glauben, daß ich der ersten besten meine Angebote mache, jedoch Sie, Kleine, haben einen Duft von Orangeblüten, und ich würde die Neuheiten nach ihrem Werte ...“

„Weißt antwortete Sulette nur mit Einbiligkeit oder Kopfschütteln, aber einmal spottete sie, durch Kollalie belehrt: „Ich weiß, daß Sie nach Neuem suchen und Ihnen das sogar gerichtliche Nachstellungen wert ist ...“

Frau Coquohe sprach auf.
„Ganz recht, Fräulein! Der Bund zur Unterstützung der Zugereisten“ hat Streit mit mir gesucht, weil ich junge Mädchen aus der Provinz, denen eine Stelle versprochen war, an der Bahn ermarret habe. Aber meine Ehre ist nicht angehtet worden.“

Nach dieser letzten Redensart, welche die gerichtliche Bekämpfung nicht in Abrede stellte, entstand eine Pause. Die schwere Last wurde zu mehreren Rollen geöffnet und wieder angefaßt, als wenn sie Beweise von Ehrbarkeit in sich berge, dann sah Frau Coquohe im Tone plöthlichen Freimuthes fort:

„Ich werde Ihnen mehr darüber sagen, als Sie davon wissen! Ich kaufe Mädchen, die in die Rege der Händler gefallen sind! Sie, das läßt unter den Vorurteilen, was! Nur übergebe ich sie einem Ehepaar von Philanthropen, dem Herrn und der Frau Valcont, die in der Hauptsache das beste Mittel gefunden haben, um dem Schicksal mit der Unschuld zu steuern: „Eine gewisse Anzahl armer Mädchen muß verkauft werden, das wird man niemals hindern — nun gut! Selen wir rettende Käufer.“ Und sie haben recht: zwecks einer wirklichen, unmittelbaren und andauernden Rettung ist es nötig, daß der Handel besteht, das Uebel wirklich vorhanden ist und man den Opfern die lächerliche Gewehr zeigen kann, aus der man sie befreit: „Der Agent, den Sie gehört

haben, glaubte Sie für eine Ausbeutung, schlimmer als der Tod, zu verkaufen, man hat ihm zweihundert Frank bezahlt, wenn andre als wir es gegeben hätten, waren Sie verloren.“ Wird „vor dem Verkauf“ interveniert, dann weiß man nicht, ob man eine Rettung bewerkstelligt, greift Mädchen auf, die gar nicht gefährdet waren, sich überhaupt nicht in die Falle hätten lassen lassen.“

Sulette wurde leicht mit den Achseln:

„Warum arretiert man nicht einfach die Händler?“

„Die Dummheit und die Leichtgläubigkeit, zu gleicher Zeit auch die Hoffnung und den Wunsch nach einem besseren Los müßte man bei den armen Dienstmädchen arretieren lassen! Denn die Händler, das würde nichts helfen, weil ihre Nachfolgerhaft logisch von andern Unternehmern angetrieben würde: übrigens ist es fast unmöglich sie zu fassen. Seit die Justiz sich so stürmisch der Sache annimmt, haben sie ein Gitter zwischen sich selbst und den wahren Klienten oder denen von der Polizei errichtet. Anders ausgedrückt, man handelt nicht direkt mit ihnen, muß sich an Zwischenhändler wenden, welche nicht zu fassen sind (diese treiben ja in Wirklichkeit nicht selbst den Handel — befördern nur den Auftrag weiter, ohne etwas zu verkaufen) — und bewirken, daß die unsichtbar gewordenen Unternehmer nicht zu ertappen sind.“

Zum Beispiel, ich wende mich an Fumeron, den Mann der Virginie, eines früheren Dienstmädchens: ich brauche ein junges Blut, etwa achtzehn Jahre blond, genügend Fleisch, Poize usw. Er trinkt kein Glas und antwortet mir nicht mal auf diese Bemerkung. Ich empfinde das Kollo (wie seine stehende Redensart ist) nach etlichen Tagen: die Unschuld führt sich ganz allein ein, in der Hand trägt sie, als verarbeitetes Reichen ein Kuvert, welches nur weißes Papier enthält. Ich händige Fumeron das Geld ein, es gibt keine Quittung, keine Spur. Die bewusste Unschuld hatte Fumeron niemals zu leben gegriegt, ihn niemals sprechen hören, ist nicht imstande, genau zu sagen, wer sie zu mir schickte.“

„Was machen denn nun Ihre Philanthropen?“ fragte Sulette.

„Das sind reiche, sehr reiche Leute. Jedes gefaufte Mädchen behalten sie bis zu sicherer Unterbringung bei sich, ohne es arbeiten zu lassen. Als Wohl dient in ihrer Wohnung eine Kammer, die immer befeht ist. Das sind wahre

Philanthropen! Aber vergessen Sie auch nicht mein Verdienst! Ohne mich wären sie ohnmächtig, wohin sollten sie sich wenden? Ferner merken Sie sich diesen originellen Umstand: wenn die Händler wüßten, daß die jungen verkauften Mädchen nicht der Auslieferung anheimgegeben sind, würden sie ihre Ware behalten. Also bin ich auch eine Wohltäterin und laufe ernsthaft Gefahr, denn die Händler sind furchtbar reichlich, und ich täusche und bestehle sie, indem ich von ihnen Gehörte für das Laster verlange und dieselben der Tugend überleitere.“

Sulette war nicht sehr von der Existenz der Philanthropen überzeugt, sie fragte, „was es für Leute wären“.

Herr und Frau Valcont stehen in den Vierzigern, sind kleine, dürrige Gestalten, und in Hinsicht auf Schönheit nicht bevorzugt; er ist kahl, hat einen Weinsied auf der linken Wade, sie den kleinen Kopf einer Senne, eine Schulter höher als die andre. Nun stellen Sie sich den rührenden Charakter ihrer Wohltätigkeit vor. Die gefauften Mädchen sind immer strömme, schöne, gesundheitsstrotzende Geschöpfe, die ihnen eher so etwas wie Eifersucht einflößen müßten. Nun gut, je hübscher, früher ein Mädchen ist, — um so mehr erscheint folglich Frau Valcont neben ihr benachteiligt, — um so mehr schneht sie die Frau gibt ihr Malkschläge, verdächtigt sie, und um so mehr spricht der Herr mit einer Art Ergebenheit und Achtung zu ihr. . . sicher, sie beugen eine von der Schönheit erragte Bewunderung, deshalb angelligen sie sich auch, haben Furcht vor Begierden, Verbrechen, welche die Schönheit veranlaßt. Einmal habe ich ihnen eine hübsche Preagentin, ach! war die schön, übergeben, welche sie der Öffentlichkeit nicht ausleben wollten, die statteten sie aus und verbeirateten sie.“

Nach diesen Worten kam Kollalie. Sie konnte erst um elf Uhr abends zu Bett gehen, ihre Herrschaften hatten Gäste zum Diner gehabt. Sulette machte sie mit dem Lauf des Gesprächs defant. Der Frau Coquohe Verdienst um die Tugend gab ihr viel Grund zum Nachen; sie ließ sich auf den Koffer fallen.

Nun, und wenn Sie Sulette eine Stelle bei einem einzelnen Herrn „in älteren Jahren“ vorklagen,“ logte sie herausfordernd, „das ist dann kein Handel?“

(Fortsetzung folgt.)

